

Sitzung des Reichstags.

Berlin, 15. Juli. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichstags waren die Verhandlungen über den Vertrag von Berlin im Vordergrund. Die Verhandlungen über den Vertrag von Berlin im Vordergrund. Die Verhandlungen über den Vertrag von Berlin im Vordergrund.

Der französische Nationalfeiertag in Berlin.

hatte im Vorlauf zu unwillkommenen Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude. In diesem Jahre wurde die Feierlichkeit durch die Festsetzung von Berlin im Vordergrund.

Das Ergebnis der preussischen Kirchenwahlen.

Das Ergebnis der Wahlen zur Verfassungsgewehrten preussischen Abgeordnetenkammer hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt. Die Wahlen zur Verfassungsgewehrten preussischen Abgeordnetenkammer hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften an Holland.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland über die Verträge über die deutschen Schiffahrtsgesellschaften an Holland über die Verträge über die deutschen Schiffahrtsgesellschaften an Holland.

Die deutschen Hohenleutenen an die Entente.

Die deutschen Hohenleutenen an die Entente für den Monat August. Die deutschen Hohenleutenen an die Entente für den Monat August.

Amerikanischer Friedensvertrag mit Deutschland.

Der amerikanische Friedensvertrag mit Deutschland. Der amerikanische Friedensvertrag mit Deutschland.

Aus dem belagerten Gebiet.

Aus dem belagerten Gebiet. Aus dem belagerten Gebiet. Aus dem belagerten Gebiet.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Ausgewiesene Deutsche.

Ausgewiesene Deutsche. Ausgewiesene Deutsche. Ausgewiesene Deutsche.

Der französische Nationalfeiertag in Berlin.

Der französische Nationalfeiertag in Berlin. Der französische Nationalfeiertag in Berlin.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Das Ende der Affäre-Verhandlungen Selbständigkeit.

Das Ende der Affäre-Verhandlungen Selbständigkeit. Das Ende der Affäre-Verhandlungen Selbständigkeit.

Politische Uebersicht.

Der Oberste Rat tagt noch nicht.

Der Oberste Rat tagt noch nicht. Der Oberste Rat tagt noch nicht.

Semipalisch-Sinnliches Handelsabkommen.

Semipalisch-Sinnliches Handelsabkommen. Semipalisch-Sinnliches Handelsabkommen.

Die Wlarenen gegen die Polnische Bulgariens.

Die Wlarenen gegen die Polnische Bulgariens. Die Wlarenen gegen die Polnische Bulgariens.

Keine griechische Offensiv.

Keine griechische Offensiv. Keine griechische Offensiv.

Die neue Richtung der Moschauer.

Die neue Richtung der Moschauer. Die neue Richtung der Moschauer.

Das Star als englischer Geschäftsmann.

Das Star als englischer Geschäftsmann. Das Star als englischer Geschäftsmann.

Verteilte Anlagen gegen England.

Verteilte Anlagen gegen England. Verteilte Anlagen gegen England.

Japan und Spanien für die Abwicklungskommission.

Japan und Spanien für die Abwicklungskommission. Japan und Spanien für die Abwicklungskommission.

Der letzte Osten gegen Japan.

Der letzte Osten gegen Japan. Der letzte Osten gegen Japan.

Die Remissionen drohen der Entente.

Die Remissionen drohen der Entente. Die Remissionen drohen der Entente.

Provinz und Nachbarländer.

Provinz und Nachbarländer. Provinz und Nachbarländer.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

499 Schüler, von denen 378 Einheimische, 49 Ausländer waren. Die Zahl der Schüler ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 1000 gestiegen. Die Zahl der Schüler ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 1000 gestiegen.

Kleine Nachrichten.

Ein Schindler wurde in Sena verhaftet, der sich als Schriftsteller ausgab und den Leuten als Solung verfallene Warenstücke überließ. Ein Schindler wurde in Sena verhaftet, der sich als Schriftsteller ausgab und den Leuten als Solung verfallene Warenstücke überließ.

Merkefuehrung und Umgegend.

Die neue Brotgetreidewirtschaft.

Die neue Brotgetreidewirtschaft. Die neue Brotgetreidewirtschaft.

Der Rest der Ernte ist von jeder staatlichen Verstaatlichung frei. Der Rest der Ernte ist von jeder staatlichen Verstaatlichung frei.

Die Schlichtung des Handels. Die Schlichtung des Handels.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Die russische Militär in der Saarfrage. Die russische Militär in der Saarfrage.

Merfeburger Correspondent

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreis: In Merzeburg: Monatsfr. für 10 Heften 5.— RM., durch unsere Ausleger 6.— RM. und 60 Pf. Zustellungsgebühr, durch unsere Sammlerinnen 6.— RM. und 75 Pf. Zustellungsgebühr, durch die Post 8.— RM. und 1.00 Pf. Brief- und Zustellungsgebühr. — Einzelnummer 20 Pf.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merzeburg

Anzeigenpreis: Für den achtspaltigen Mittelraum 20 Pf., im Rahmen 1.20 RM., für Doppelspaltige u. Sonderanfragen (sprechend Aufschlag, Waportdruck ohne Veredelung). Schluss der Anzeigen-Nahme: 10 Uhr vormittags. — Vertikaldruck: Leipzig 39070. — Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

„Amtsblatt für den Kreis Merzeburg“, „Amtsblatt der Stadt Merzeburg“, „Der Chronik von Merzeburg“

Ar. 163

Freitag den 15. Juli 1921

48. Jahrg.

Die Befreiung der Wohnungsnot.

Der Ausschuss für das Siedlungs- und Wohnungswesen, den der Kreisliche Landtag eingesetzt hat, hat sich eingehend mit den Vorschlägen zur Milderung der Wohnungsnot beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinen anderen Weg zur Erleichterung dieses Notleid gibt, als das Bestreben an dem Zwangsmitteleisen mit den öffentlichen Bauämtern. Es sei heute nicht möglich, auf privatkapitalistischer Grundlage Neubauten durchzuführen, denn dazu seien weder die genügenden Kapitalien noch Hypotheken zu beschaffen, weil keine Aussicht bestehe, die im Wohnungsbauminvestierten Gelder angemessen zu verzinsen. Der Kreisliche Landtag wird daher voranschreiten auch dem besten eingegangenen Gesetzentwurf, der dreizehn Millionen Mark zur Förderung der Aufstellung verwendet wissen will, sich hier freudig gegenüberstellen.

Von öffentlichen Grundbesitzern aus geht das Hauptgewicht der Gewährung von Aufträgen festgehalten, daß nicht die Aufträge nicht mehr das Reich, auch nicht die Länder, sind wiederum abgewandt auf die Gesamtheit der Mieter, soweit sie Wohnungen in vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Häusern bezogen haben. Wo anstelle der Abgabe Steuern oder Grundrenten oder Aufschläge dazu erhoben werden, ist zwar der Hauswirt zur Zahlung verpflichtet, aber nur formell. Im Wirklichen ist auch in diesem Falle die Mieter die Leidtragenden, denn das Gesetz ermöglicht den zur Zahlung Verpflichteten ausdrücklich, von den Wohnungsberechtigten der Gebäude oder Gebäudeteile des kriegsbedingten Grundbesitzes die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnis zu verlangen, in dem der Wohnungswert der von ihnen benutzten Räume zu dem Wohnungswert des gesamten kriegsbedingten Grundbesitzes steht. Die oberste Landesbehörde darf sogar anordnen, daß die zu erhaltenden Beträge wie Gemeinbeizgaben getrieben werden.

Der Zweck des Gesetzes ist also die Vermeidung der durch eine Erhöhung der Mieten in den älteren Gebäuden einfließenden Mittel zur Herabminderung der Mieten für Wohnungen in Neubauten, es soll ein Ausgleich ermöglicht werden zwischen den Mieten für Wohnungen in alten und in neuen Häusern. Die Gesetzgeber haben davon abgesehen, diesen Grundbesitzern dadurch zu verwehren, daß man zunächst der allgemeinen wirtschaftlichen Entwidlung freien Lauf läßt und dann den Mehrwert, der nach dem Eintritt der freien Wirtschaft in den erhöhten Mieterrängen, oder in den getragenen Grundstückspreisen zum Ausdruck käme, für die Gesamtheit erhebt. Es soll vielmehr die in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Möglichkeit der Ertragssteigerung von vornherein für die Allgemeinheit ausgenutzt werden. Ob diese Steigerung sich erfüllen wird, bleibt abzuwarten. Von einer völligen Erstattung des Wertzuwachses zugunsten der Allgemeinheit kann jedenfalls keine Rede sein.

Zu der Abgabe, die auf 5 Prozent des Nutzungswertes bemessen ist, haben die Gemeinden oder Gemeindeverbände einen Zuschlag in gleicher Höhe zu erheben. Außerdem erhalten sie das Recht der Einführung einer besonderen Wohnungszulagesteuer. Die Herabsetzung von Wohnungsbauteilen mit Hilfe dieser Abgabe unterliegt nun gewissen Einschränkungen. Einmal müssen die Kosten der Bauausführung einschließlich der Waufrufe der Festlegung oder Kontrolle einer öffentlich-rechtlichen Stelle unterliegen und zweitens müssen die Bauten brennend im Eigentum öffentlich-rechtlicher Stellen oder gemeinnütziger Stellen verbleiben. Nur aus besonderen Gründen können sie im Privatbesitz errichtet werden und verbleiben, und zwar dann, wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß der Bauherr oder der Eigentümer aus der Vermietung oder dem Verkauf einen übermäßigen Gewinn erzielen. Es soll Sicherheit dagegen geschaffen werden, daß die auf die Abgabe fundierten Mittel bei der Bauausführung zu übermäßigem Gewinn privaten Unternehmern Anlaß geben oder daß damit Wohlsein untergeordneter Gebäude privater Spekulation dienen.

Der Abgabe wird im allgemeinen nicht der heutige Mietwert, sondern der nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt, doch kann die oberste Landesbehörde den Wohnungswert auch auf anderen Grundlagen, z. B. auf der des kriegsbedingten Wertes oder auf der von Besteuerungsmerkmalen bezogen oder auflassen, die in Vorgesetzten über die Besteuerung des Grundbesitzes enthalten sind. Würden die Erträge der Abgabe zur Gewährung von Bauzulagen ausschließlich verwendet werden, so wäre die Zahl der Wohnungen, die auf diese Weise erstellt werden könnte, so gering, daß die Bekämpfung der Wohnungsnot nicht annehmbar wäre. Das Gesetz will deshalb einen anderen Weg einschlagen und die Verwendung nur zugelassen zur Vergütung und Tilgung derjenigen Verträge, welche zur Aufbringung der nicht zentralisierten Kosten von Häusern und Gemeinden im Aufseherauftrag aufgebracht werden. Es ist dadurch die Möglichkeit der Aufbringung der Mittel für eine bedeutend größere Anzahl von Wohnungen gegeben.

Um die Zeit bis zur Aufbringung der Mittel nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, wird die Regierung vorläufig zur Unterbringung der Minderheiten, abgesehen von Bergamtswohnungen, für deren Grundbesitz auf anderen Wegen georgt wird, einen Betrag von 15 Millionen Mark sofort zur Verfügung stellen, der auf die Länder verteilt

Der Ginfantrag in 9. Kriegssproch.

Leipzig, 15. Juli. (WZ.) In der heutigen Verhandlung des Kriegsbefehlshabersproches gegen die H-Verpflichteten kontraktierte der Oberkriegsrichter am Schluß seines Vortrages gegen die beiden Angeklagten Bohl und Dührer wegen veränderten Verdorfs je 4 Jahre Zuchthaus.

Das Ergebnis der Pariser Weberbauan-Verhandlungen.

Einmalige deutsche Ausstufung. Wir haben bereits gefahren über den erfolglosen Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen berichtet. Ähnlich wird auch noch folgende Mitteilung ausgegeben. Die Verhandlungen, die in Paris vom 15. Juli (WZ.) Der Reichsminister für Angelegenheiten und Ministerialrat Gunge mit Minister Resident geführt wurden, haben in der Hauptsache die Frage der Preisfestsetzung für die deutsche Zigaretten aus dem Kontinent und die Frage ihrer Verteilung im Rahmen des Zahlungsplans des Londoner Ultimatum betroffen. Sie sind gefahren zu einem vorläufigen Ende getrachtet worden. Das vorläufige Ergebnis unterliegt namentlich der Prüfung der auf beiden Seiten zuständigen Stellen. Die deutschen Hinterhändler sind nach Paris zurückgekehrt. Wenn auch nicht in allen Punkten eine völlige Einigung hat erzielt werden können, so haben die Verhandlungen doch zu einer gewissen Klärung der Schwierigkeiten geführt. Mängel den Verhandlungen sind bei den Verhandlungen einige Nebenfragen gestellt worden. Es handelt sich dabei um technische amerikanisches Eigentum, das bei den Verhandlungen nicht in Betracht kam. Diese Nebenfragen sind bei den Verhandlungen einig mit den Hinterhändlern vereinbart worden. Die Nebenfragen sind mit den Hinterhändlern vereinbart worden und zu einem gemeinsamen Abklärung zu bringen.

Die Kreiten sich um den Raub.

Paris, 15. Juli. (WZ.) Der Reparationskommission liegt ein Streitfall vor, bei dem es sich um in Amerika gebaute Dampfer handelt, die ursprünglich für den deutschen Markt der Standard Oil Company gehören. Die Standard Oil Company macht geltend, daß die Schiffe amerikanisches Eigentum seien und beschlagnahmt werden könnten. Die Reparationskommission hat dem Standpunkt, sie seien deutsches Eigentum und gehören den Alliierten. Die Reparationskommission hat nunmehr festgestellt, wie die Chicago Tribune mitteilt, im Einverständnis mit der amerikanischen Regierung, daß zur Entscheidung der Angelegenheit zwei von der Reparationskommission zu bestimmende Schlichter eingesetzt werden sollen. Falls sie sich nicht einigen können, soll ein dritter Schlichter bestimmt werden, und dann die Mehrheit entscheiden. — Von den Dampfern, die während des Krieges in einem deutschen Hafen lagen, wurden übrigens drei zwischenzeitlich als Mineralöl verbrannt.

Näkrit der englischen Wohnungsbauminister.

London, 15. Juli. (WZ.) Neuer meldet: Dr. Reddion, Minister ohne Portfeuille, trat am dem Reichstag aus, weil die Regierung bei größten Teil seines Planes verworfen, der den Bau von Häusern mit Hilfe von Mietergebern vorschlägt. Reddion betrat die Entscheidung als einen Versuch, der von der Regierung dem Volk gegenüberen letzten Versuch darstellt.

und von diesen aus Anteilseignern zurückgezogen wird, die aus den Erträgen der Abgabe bezahlt und getilgt werden sollen. Voraussetzungen sind die Einkünfte aus der Abgabe die Vergütung und Tilgung einer Summe von 3,2 Milliarden im Laufe von zwanzig Jahren ermöglichen. Es ist ein neuer Weg, der dem Gesetzgeber hier einschlägt. Öffentlich bleiben die Erfolge nicht aus.

Ententejahresverträge für Oberschlesien

Nach französischer Meldungen soll die englische Regierung dem französischen Vorschlag zugestimmt haben, daß vor der Konferenz von Vaulogne ein Sachverständigenausschuss nach Oberschlesien entsandt wird, der dort einen Grenzverlauf festsetzt. Diese Entscheidung hängt lands mit dem Verhandlung über den Vertrag und dem Vertrag zusammen, sich auf eine Sachverständigenkommission geeinigt haben, die Engländer oder nach Entsendung von Sir Harold Smart von dem Vorschlag wieder abgesehen zu sein können. Jetzt soll eine Kommission eine Einigung verhandeln, nachdem die Interalliierte Kommission in Opeln selbst sich hat nicht einig werden können. Man will lieber die Verhandlung gegen, daß der Oberste Rat gegen einen Grenzverlauf haben möchte, auf das er sich bei seiner Entscheidung berufen und auf das er nicht abgesehen die Verantwortung abgeben kann. Demgegenüber kann Deutschland nicht darauf bestehen, daß der Friedensvertrag den Hauptbestand der Entscheidung in die Hand gibt. Die verantwortlichen Regierungsmänner tragen vor der Welt und vor der Geschichte die Verantwortung für die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien, und sie können diese Verantwortung mit ihrer Kommission und mit ihrem Nachschicken teilen.

Aber 40000 Personen geflüchtet.

Wie dem „Vorwärts“ vom unterirdischen Orte mitgeteilt wird, haben seit Einführung des Grenzschutzes über 40000 Personen Oberschlesien verlassen, um in das Innere Deutschlands abzuwandern.

Fransische politische Verdringung.

Meldungen mehrerer Blätter zufolge haben gestern aus Anlaß des französischen Nationalkongresses in den größten Orten des Ruhrbezirks große Unruhe ausgebrochen, an denen sich sowohl Franzosen wie Polen beteiligten. Die Franzosen trugen polnische und die Polen französische Fahnen. Bei dem Unruhe in Anlaß führte die französische Alltagszeit polnische Tassen und Banner mit. Selbstredend in voller Uniform beteiligten sich an dem Unruhe.

Entscheidung über Oberschlesien am 25. oder 26. Juli.

Opeln, 14. Juli. Der Ausschuss der Interalliierten Kommission hat heute den Vertreter der Zone unterrichtet, daß die Verantwortung für die Sitzung des Obersten Rates von der Interalliierten Kommission bis zum heutigen Donnerstag festgelegt werden müßten. Die Entscheidung des Obersten Rates soll am 25. oder 26. Juli fallen. Der Bericht wird in Brüssel am 15. Juli in den nächsten Tagen aus Brüssel nach Berlin zurückgehen. Allerdings scheiden unverbundene Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und Konferenz, um diesen in Güte zu veranlassen, das Wohnungsgebiet zu

Französische Übergriffe im Memelgebiet

Königsberg, 15. Juli. Am Sonnabend wurde in Memel der auf der Durchreise befindliche baltische Baron von Muelers, ein Verwandter des baltischen Außenministers, der bereitwillig den Kopf einer in Begleitung eines französischen Offiziers befindlichen Dame streifte, hinterdrein von dem Major mit einer leichten Handpistole niedergeschlagen. Der Offizier Herr, er habe getollt, einen Deutschen vor sich zu haben. Am gleichen Tage nahmen die Franzosen einen zur Dienstleistung nach Memel kommandierten preussischen Gendarmen eine in Memel in der Hand und transportierten ihn mit angelegten Fesseln nach Paris. Die Gendarmen, die er in einer Sonderkammer seinen Diensten angesetzt hatte. Die Bevölkerung des Memelgebietes ist über denartige Übergriffe sehr erzüt.

Zwei Konferenzen in Washington.

Paris, 15. Juli. (WZ.) „Chicago Tribune“ meldet im Zusammenhang mit der Vorbereitungen, daß eine erste Konferenz abgehalten werden soll, an der die Vereinigten Staaten, Japan, England, Canada und Australien und Mexiko, und eine zweite Konferenz, an der alle Mächte teilnehmen sollen. Paris, 15. Juli. (WZ.) Nach einer Zusammenkunft aus Washington ist dort die formale Annahme der Einleitung des Friedensvertrages durch die Konferenz der formellen Annahme der Einleitung des Friedensvertrages durch die Konferenz bestätigt worden.

Amerikanische Kredite für Deutschland in Aussicht.

Washington, 15. Juli. (WZ.) Die Kreditverhandlungen für Deutschland sind auf in Gang. Transaktionen in Höhe von 60 Millionen Dollar sind in der Schmelze, darunter eine von 30 Millionen Dollar für die Oberbeschleunigung. Die „New York Tribune“, sonst deutschfeindlich, verlangt, Amerika solle das deutsche Eigentum freisetzen.

Englisches Unbehagen über Briand.

London, 15. Juli. (WZ.) Die letzte Rede des Ministerpräsidenten Briand, welche die Welt erregt hat, ist durch einen Telegramm über England übergriffen und berechtigtes Unbehagen. In Londoner diplomatischen Kreisen wird an Briands Auslassungen über die Entlassung Oberschlesien und die Frage des neuen Dienst nachgedacht. Das Blatt stellt sich, bei Briand mitunter im Parlament andere Ziele anzufragen als im Deutschen. Man meint jedoch, daß Briand keine abweichende Meinung zu dem Inhalt unterbreite, daß wenig Aussicht für eine baldige Einigung mit London besteht.

Die englisch-französischen Friedenskonferenzen

London, 15. Juli. Neuer meldet: Die letzte Konferenz, von der der Frieden zwischen Großbritannien und Frankreich abhängt, wurde heute nachmittags in der Downing Street durch eine private Besprechung Lord Georges mit de Valera eröffnet, in der das Verfahren für die morgige Vollversammlung der Konferenz erörtert wurde, zu der die Vertreter der Entente und Interalliierte eingeladen sind.

verfallen. Korrespondent drückt aber wohl kaum daran, die Nachforderung zu folgen. Für den Fall, daß er tatsächlich auf seiner Haltung besteht, wird dem Briand nach die deutsche Regierung einen diplomatischen Schritt bei der Interalliierten Kommission unternehmen.

Der Bescheid von Weichen.

Die Abfertigung des Generalleutnants Deutscher erfolgte im Hinblick auf die ungenutzten Weichen, die in Ententezeiten mehr und mehr mit verlegenen Schienen bedeckt werden, daß die Wahrscheinlichkeit zugenommen hat, daß die Schienen durch die Polen erworben wurde und daß Major Weichenberg durch eine französische Kugel getroffen wurde.

der Leiter der Kommission colorchecker CLASSIC

Salz bis zum Ende der Welt

zu den besten der Welt

Nachtraffaktion

Die Kommission

Die Kommission

Die Kommission

Die Kommission

Die Kommission

Die Kommission

Die Kommission